

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Anke Simon, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

22. Februar 2023

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Janina Ritter janina.ritter@mffki.rlp.de	06131 16-5670 06131 16175670

Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 7.12.22

**TOP 4 „Projekte zur Demokratieförderung, gegen antidemokratischen und gewaltbereiten Extremismus“, Antrag der CDU-Fraktion,
Vorlage 18/2779**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz habe ich zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu TOP 4 zukommen zu lassen und ergänzende Zahlen zu Aussteigerprojekten nachzureichen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen die zugesagten Unterlagen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

David Profit

Anlage

Anlage

Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

am 7.12.22

Antrag der Fraktion der CDU

TOP „Projekte zur Demokratieförderung, gegen antidemokratischen und gewaltbereiten Extremismus“

Sprechvermerk

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrte Abgeordnete,

sehr gerne Berichte ich hier über unsere Strukturen und Projekte zur Stärkung des demokratischen Werteverständnisses im Land.

Akzeptanz, Vertrauen in das demokratische System und Partizipation: Der demokratische Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen aber fördern kann. Diese Voraussetzungen geraten unter anderem auch durch social media Aktivitäten von "interessierter Seite" unter Druck.

Wir konnten den Bereich der demokratiefördernden Maßnahmen in den letzten Jahren stark ausbauen. Darüber freue ich mich sehr. Denn der beste Weg, für unser demokratisches System zu werben ist, Demokratie erlebbar zu machen. Und wenn Menschen sehen, welche Möglichkeiten an Lebensgestaltung dieses System ihnen und anderen bietet, so hat man einen wichtigen Schritt getan. Das muss der Kern und Ausgangspunkt unserer Aktivitäten sein. Dann liegt es auch nicht so weit sich damit auseinanderzusetzen, welche Einschränkungen demokratiefeindliche und autoritäre Ideologien für viele Menschen bedeuten würden. Leider gibt es genügend Anlässe, sich auch damit

auseinander zu setzen. Ich denke an rassistisch und antisemitisch motivierte Anschläge wie in Hanau oder Halle, an Gewaltbereitschaft wie bei mancher Demonstration aus dem Querdenken-Spektrum oder auch an die Irrwege, die junge Menschen zur Teilnahme an dem Gewaltsystem des IS trieben. Somit wird auch deutlich, wie Demokratieförderung einerseits, Gewalt und Extremismusprävention andererseits verbunden sind.

Wir sind koordinierende Stelle für die Präventionsmaßnahmen gegen islamistische Radikalisierung im Land wie auch in der Bund-Länder-Zusammenarbeit im Kontext der AG Deradikalisierung im GETZ (Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum). Die Maßnahmen gegen islamistische Radikalisierung werden einerseits durch das Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung DivAN und dessen Geschäftsstelle im LSJV getragen, die insbesondere bildungsbezogene Arbeit zum Thema religiös begründete Radikalisierung betreibt. Andererseits hat sich die Beratungsstelle gegen islamistische Radikalisierung - Salam - als kompetente Fachstelle landesweit etabliert. Anfragen kommen von Schulen, Jugendämtern, von Angehörigen, Freunden und werden auch von Sicherheitsbehörden vermittelt. Als Fachstelle zu religiös begründeter Radikalisierung bieten die beiden Institutionen auch eine Bandbreite von Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen an. Demokratieförderung findet weiter statt für Schulen und Ausbildungsinstitutionen durch die von uns geförderten Workshops des Netzwerkes für Demokratie und Courage (NDC), die nach der Pandemie wieder stärker nachgefragt sind. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ wurde das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im LSJV angesiedelt. Aus dem Bundesprogramm Demokratie Leben fließen dem Land 2022 über 1,5 Millionen Euro zu, ohne die Förderung der kommunalen Partnerschaften für Demokratie, mit bis zu 125.000 Euro je Kommune, die vom Bund direkt geleistet wird. Im Demokratiezentrum werden folgende Maßnahmen gegen extremistische Radikalisierung durchgeführt, an denen das MFFKI finanzierend, ko-finanzierend und steuernd beteiligt ist: Aussteigerprogramm „(R)Auswege“ –ein Aussteigerprogramm für junge Menschen, die sich aus der rechtsextremen Szene lösen wollen. „RÜCKwege“ – Ausstiegs- und Distanzierungsberatung für junge Menschen, die an der

Schwelle zum Rechtsextremismus stehen. „Angehörigenberatung“ - sie unterstützt Menschen, die im engeren Kontakt zu demokratiefeindlichen, extremistischen oder verschwörungsgläubigen Personen stehen und Beratung suchen.

Von Landesseite koordiniert und gesteuert, jedoch bei zivilgesellschaftlichen Trägern angesiedelt sind die Betroffenenberatung. Die Beratungsstelle m*power für Opfer und Betroffene von rechter und menschenfeindlicher Gewalt ist beim privaten Träger in Koblenz angesiedelt, arbeitet aber landesweit und aufsuchend. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz. Die Mobile Beratung unterstützt alle, die mit Rechtsextremismus, Rassismus, Verschwörungsideologien und verfassungsfeindlicher Delegitimierung des Staates konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Zielgruppen sind zivilgesellschaftliche Vereinigungen, Einzelpersonen oder auch kommunale Stellen und Schulen.

Hier hat das MFFKI in den beiden vergangenen Jahren eine Neustrukturierung unter wissenschaftlicher Begleitung veranlasst und fördert den Ausbau der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in den Jahren 2023 und 2024 mit bis zu 500.000 Euro aus Landesmitteln. Im Kontext von „Demokratie Leben!“ werden weiterhin die Entwicklung und Durchführung von Planspielen zur Einübung demokratischer Umgangsweisen durchgeführt und Modellprojekte im Präventionsbereich gefördert, sowie Fachaustausche und Informationsveranstaltungen angeboten. Ein wichtiges Instrument der Demokratieförderung ist die Förderung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe. In meinem Haus spielt diesbezüglich der Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine wichtige Rolle. Er wurde vor ziemlich genau zwei Jahren verabschiedet und viele wichtige Maßnahmen sind bereits umgesetzt. Die m*power Meldestelle für Vorfälle im Bereich Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurde bereits 2020 eingerichtet und hat bereits erste Ergebnisse aus ihrer Arbeit veröffentlicht. Das Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“ mit inzwischen 180.000 Euro wurde gestartet. In ihm werden Projekte von kommunalen und zivilgesellschaftlichen

Trägern gestärkt. Der digitale Beratungskompass für Betroffene von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurde entwickelt und hat bereits gute Bekanntheit erreicht. Im Programm "Solidarität gegen Hass und Gewalt im Netz" wurde SoliNet, die Beratungsstelle gegen Hass und Gewalt im Netz eingerichtet, zusammen mit Bildungsträgern im Land ein Qualifizierungsangebot für Multiplikator*innen entwickelt und im Modellprojekt durchgeführt und schließlich mit den Vorbereitungen für eine Öffentlichkeitskampagne, auch in Social-Media Kanälen, begonnen.

Vielen Dank!

Ergänzende Berichterstattung

In dem vom Demokratiezentrum im LSJV koordinierten Bereich der Beratung zu Rechtsextremismus zeigen die letzten Jahre eine allgemein leicht steigende Tendenz mit der Unterbrechung des ersten Pandemiejahres 2020.

Die Beratung der von rechter Gewalt Betroffenen durch m*power ist hierbei nicht berücksichtigt:

Die Anzahl der stark Radikalierten, die längerfristig, teilweise über Jahre in Ausstiegsprogrammen sind, hat sich im Vergleich zu den Vorjahren etwas reduziert.

			2019	2020	2021
Beratungsfälle zu					
Rechtsextremismus			271	201	298
davon langfristige					
Betreuung und Beratung stark Radikalisierter:			18	9	9